

Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht

78

Thomas Seidensticker

Mitarbeiteraktienoptionsprogramme

Einführung in das Arbeitsverhältnis und Behandlung
in der Unternehmensumstrukturierung



Nomos

**Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler, Universität zu Köln
Prof. Dr. Martin Franzen, Universität München
Prof. Dr. Abbo Junker, Universität München
Prof. Dr. Peter Schüren, Universität Münster

Band 78

Thomas Seidensticker

Mitarbeiteraktienoptionsprogramme

Einführung in das Arbeitsverhältnis und Behandlung
in der Unternehmensumstrukturierung



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2019

u.d.T.: „Die Einführung von Mitarbeiteraktienoptionsprogrammen in das Arbeitsverhältnis und ihre Behandlung in der Unternehmensumstrukturierung“

ISBN 978-3-8487-6104-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-0126-6 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Oktober 2018 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis Juli 2019 berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Martin Henssler, an dessen Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht ich drei Jahre lang als Wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig sein durfte. Er hat mir nicht nur die nötigen Freiräume für die Erstellung der Arbeit gewährt, sondern mir stets auch beratend zur Seite gestanden und wertvolle Einblicke in die wissenschaftliche Arbeit verschafft. Frau Prof. Dr. Barbara Dauer-Lieb danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Den größten Dank schulde ich meinen Eltern, Dorothee und Prof. Dr. Walter Seidensticker, die mich während meiner gesamten Ausbildung in jeder Hinsicht vorbildlich und bedingungslos unterstützt haben. Ihnen ist diese Arbeit in Dankbarkeit gewidmet.

Düsseldorf, im Juli 2019

Thomas Seidensticker

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
§ 1: Einleitung	25
§ 2: Ökonomische und rechtliche Bewertung von Mitarbeiteraktienoptionen	29
A. Vorteile von Aktienoptionsprogrammen gegenüber anderen Long-Term Incentive Programmen	29
B. Obligatorische und typische nicht obligatorische Regelungen in einem Mitarbeiteraktienoptionsprogramm	31
C. Aktienoptionsprogramme als Mittel zur Auflösung des Prinzipal- Agenten Konflikts	33
I. Der Prinzipal-Agenten Konflikt im Arbeitsverhältnis	33
II. Beeinflussbarkeit des Börsenkurses durch den einzelnen Mitarbeiter	33
III. Ökonomische Vorteile und rechtliche Zulässigkeit absoluter Kurshürden	35
IV. Spezifische Probleme bei der Anreizwirkung von Aktienoptionen auf Mitarbeiter höherer Hierarchieebenen	38
V. Zwischenergebnis	39
D. Die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Mitarbeiteraktienoption	40
E. Rechtliche Struktur eines Mitarbeiteraktienoptionsprogramms	41
I. Die vertragsrechtliche Bewertung der Mitarbeiteraktienoption	42
1. Verbriefte Optionen	42
2. Unverbrieft Optionen	42
a) Die rechtliche Eigenständigkeit des Optionsvertrages gegenüber dem Hauptvertrag	42
b) Die Rechtsnatur des Optionsrechts – Vertragsrechtliche Einordnung unverbrieft Optionen	44
aa) Meinungsstand	45

bb) Stellungnahme	45
3. Die Rechtsnatur des Optionsvertrages	47
4. Der Optionsvertrag als eigenständiger Gewährungsvertrag	48
II. Der körperschaftliche Charakter des Optionsrechts – Vergleich zwischen Aktie und Optionsrecht	48
1. Die Interessenlage des Optionsrechtsinhabers	49
2. Sonderstellung der Option im Vergleich zu gewöhnlichen Gläubigerrechten	50
3. Die Behandlung der Option im Bilanzrecht	51
4. Die Behandlung der Option im Kapitalmarktrecht	51
5. Die Option als Chimäre des Rechts	52
III. Zwischenergebnis	53
F. Aktienoptionen als Teil des arbeitsvertraglichen Synallagmas	53
I. Analyse der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	54
II. Gegenansicht im Schrifttum: Strikte Statustrennung zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer	56
III. Bestimmung des zulässigen prozentualen Anteils der Aktienoptionen an der Gesamtvergütung	57
IV. Zwischenergebnis	59
§ 3: Die Einführung von Aktienoptionsprogrammen in das Arbeitsverhältnis	60
A. Die aktienrechtlichen Voraussetzungen von Aktienoptionsprogrammen	60
I. Die Bedienung der Aktienoptionen mit frischem Kapital	60
1. Das genehmigte Kapital	60
2. Die ordentliche Kapitalerhöhung	61
3. Die bedingte Kapitalerhöhung	62
II. Besonderheiten bei der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen	63
1. Erfordernis zweier Hauptversammlungsbeschlüsse bei der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen	63
2. Zwei Hauptversammlungsbeschlüsse auch bei der Ausgabe isolierter Optionen?	65
3. Überflüssige Duplizität des Beschlusserfordernisses bei Wandelschuldverschreibungen	66

4. Anforderungen an den Inhalt des Kapitalerhöhungsbeschlusses bei mit bedingtem Kapital unterlegten Wandelschuldverschreibungen	67
III. Die Bedienung der Optionen durch Rückkauf eigener Aktien	68
1. Teleologische Reduktion des § 71 Abs. 1 Nr. 2 AktG	69
2. Analoge Anwendung des § 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 4 i.V.m. § 193 Abs. 2 Nr. 4 AktG auf § 71 Abs. 1 Nr. 2 AktG	70
3. Vor- und Nachteile eines Rückkaufs eigener Aktien	71
IV. Zwischenergebnis	72
B. Kollektivarbeitsrechtliche Probleme bei der Einführung von Aktienoptionsprogrammen	73
I. Zulässigkeit tariflicher Regelungen über die Einrichtung und Ausgestaltung von Aktienoptionsprogrammen	73
1. Regelungen zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung als Gegenstand der Tarifautonomie	74
a) Das Begriffspaar „Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ in Art. 9 Abs. 3 GG	75
aa) Methodische Kritik	77
bb) Auslegung anhand des klassischen Auslegungskanons	78
(1) Grammatikalische Auslegung	79
(2) Systematische Auslegung	79
(3) Historisch-genetische Auslegung	80
(4) Teleologische Auslegung	81
(a) Ordnungs- und Befriedungsfunktion des Tarifvertrages	82
(b) Schutz- und Verteilungsfunktion des Tarifvertrages	83
b) Einfachrechtliche Begrenzung der tariflichen Regelungsbefugnis	85
2. Gesetzliche Schranken der tariflichen Regelungsbefugnis	86
a) Die Grundrechtsbindung der Tarifparteien	87
b) Verhältnismäßigkeitsprinzip versus Herstellung praktischer Konkordanz	89
c) Die zulässige Eingriffsintensität auf Ebene der Mittelaufbringung	90

d) Die zulässige Eingriffsintensität auf Ebene der Mittelverwendung	91
aa) Möglichkeit eines Auseinanderfallens der normativen und der obligatorischen tariflichen Regelungsbefugnisse	92
bb) Übertragbarkeit der Maßstäbe des Mitbestimmungsurteils des Bundesverfassungsgerichts	93
cc) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungsrechtlichen Gewichtung des Anteilseigentums	95
dd) Konsequenzen für die Reichweite der Regelungskompetenz der Tarifparteien	96
(1) Mögliche tarifliche Regelungen in Gesellschaften ohne Mehrheitsgesellschafter	96
(2) Mögliche tarifliche Regelungen für börsennotierte Gesellschaften unabhängig von der Größe des Gesellschafterkreises	98
3. Zwischenergebnis	98
II. Betriebsverfassungsrechtliche Fragen bei der Einführung von Aktienoptionsprogrammen in das Arbeitsverhältnis	100
1. Die Einrichtung eines Aktienoptionsprogramms durch freiwillige Betriebsvereinbarung	100
a) Personeller Anwendungsbereich einer freiwilligen Betriebsvereinbarung	100
b) Sachliche Zuständigkeit der Betriebsparteien für den Abschluss freiwilliger Betriebsvereinbarungen	101
c) Begrenzungen der Regelungsbefugnisse der Betriebsparteien	102
aa) Möglicher Verlust der Arbeitnehmereigenschaft	102
bb) Gesetzliche Schranken der Regelungsbefugnisse der Betriebsparteien	104
d) Die Bedeutung der Regelungssperre des § 77 Abs. 3 BetrVG	104
aa) Anwendbarkeit	104
bb) Reichweite des Tarifvorbehaltes	105

2. Mitbestimmungspflicht von Aktienoptionsprogrammen	106
a) Einrichtung und Ausgestaltung von Aktienoptionsprogrammen als Frage der Lohngestaltung	106
aa) Anwendbarkeit des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	107
bb) Mitbestimmungspflicht bei der Ausgestaltung von Aktienoptionsprogrammen	108
b) Mitbestimmungsfreie und mitbestimmungspflichtige Regelungen in Aktienoptionsprogrammen	109
c) Vetorecht des Betriebsrates gegen die Einführung eines Aktienoptionsprogramms	110
d) Das Verhältnis von Hauptversammlungsautonomie und betrieblicher Mitbestimmung	111
aa) §§ 192, 193 AktG als absolute Mitbestimmungsgrenze	112
bb) Partielle Begrenzung des Mitbestimmungsrechts	113
cc) Faktischer Ausschluss des Mitbestimmungsrechts	114
e) Mitbestimmungsrechte bei Optionsgewährung durch die Konzernobergesellschaft	116
aa) Ansichten in der Rechtsprechung	116
bb) Auffassungen im Schrifttum	117
cc) Stellungnahme	119
(1) Kritische Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung	119
(2) Kritische Auseinandersetzung mit den Ansichten im Schrifttum	120
dd) Lösungsansatz Konzernverantwortung	123
f) Verfahrensrechtliche Fragen der betrieblichen Mitbestimmung	125
aa) Informationsansprüche des Betriebsrates bei Auflegung eines Aktienoptionsprogramms durch die herrschende Gesellschaft	125
bb) Zuständiges Mitbestimmungsgremium	127
3. Zwischenergebnis	129

§ 4: Die Mitarbeiteraktienoption in der Unternehmensumstrukturierung	131
A. Die Mitarbeiteraktienoption in den einzelnen Umwandlungsvorgängen	131
I. Die Mitarbeiteraktienoption in der Verschmelzung	131
1. Die unterschiedlichen Formen der Verschmelzung	131
2. Isolierte Optionen als Sonderrechte gemäß § 23 UmwG	132
a) Isolierte Optionen als Genussrechte	132
b) Keine abschließende Aufzählung der Sonderrechte in § 23 UmwG	134
3. Die Begründung der gleichwertigen Rechte im übernehmenden Rechtsträger	134
4. Angaben im Verschmelzungsvertrag gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 7 UmwG	136
a) Verschmelzungsvertrag als Wirksamkeitsvoraussetzung für die Verschmelzung	136
b) Der Verschmelzungsvertrag als Vertrag zugunsten Dritter?	136
5. Rechtsfolgen bei Unvollständigkeit des Verschmelzungsvertrages	138
a) Keine Nichtigkeit des Verschmelzungsvertrages wegen Verstoßes gegen § 192 Abs. 4 AktG	138
b) Anfechtbarkeit des Verschmelzungsvertrages gemäß § 243 Abs. 1 AktG	138
6. Die Bewertung der Rechte zur Herstellung der Gleichwertigkeit	140
a) Bewertung der Optionen nach dem Umtauschverhältnis der Aktien	142
aa) Die Übertragbarkeit der DAT/Altana-Rechtsprechung auf die Verschmelzung	143
(1) Auffassungen im Schrifttum	144
(2) Eigene Ansicht	145
bb) Besonderheiten bei noch nicht ausübungsreifen Mitarbeiteraktienoptionen	146
b) Bewertung nach in der Finanzmathematik anerkannten Optionsbewertungsmodellen	147
7. Die Begründung der gleichwertigen Rechte im übernehmenden Rechtsträger	148
a) Pflicht zur Schaffung neuen bedingten Kapitals	148

b) Rechtsgrundlage für die Schaffung bedingten Kapitals	149
II. Die Mitarbeiteraktienoption in der rechtsformübergreifenden Verschmelzung und beim Formwechsel	150
1. Meinungsstand	150
2. Kritik an den vorgeschlagenen Lösungsansätzen	151
3. Eigene Auffassung: Barabfindung auf Grundlage von Optionsbewertungsmodellen	152
4. Kein Widerspruch zur Niederschrift erforderlich (Formwechsel)	154
III. Die Mitarbeiteraktienoption in der Spaltung	154
IV. Die Mitarbeiteraktienoption in der Vermögensübertragung	155
V. Zwischenergebnis	155
B. Die Mitarbeiteraktienoption im Squeeze-Out	156
I. Voraussetzungen der unterschiedlichen Squeeze-Out Verfahren	157
1. Schwellenwerte der unterschiedlichen Squeeze-Out Verfahren	157
2. Besondere Voraussetzungen des übernahmerechtlichen Squeeze-Out	157
3. Besondere Voraussetzungen des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-Out	159
4. Das Ausschlussverfahren durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds	160
II. Denkbare Lösungswege für den Umgang mit Optionen im Squeeze-Out	160
1. Vergleich mit der Behandlung von Optionen bei anderen Umstrukturierungsmaßnahmen	160
a) Der Umgang mit Optionen in der Mehrheitseingliederung	161
aa) Entscheidung des Bundesgerichtshofs	161
bb) Kritik an der Entscheidung im Schrifttum und eigene Ansicht	162
cc) Unterschiede in der rechtlichen Qualität zwischen Mehrheitseingliederung und Squeeze-Out	164
b) Vergleich mit der Rechtslage bei der Verschmelzung	165
2. Stehenlassen der Optionsrechte wegen § 192 Abs. 4 AktG?	165

3. Vorzeitiges Fälligstellen der Optionsrechte im Zeitpunkt des Squeeze-Out?	166
III. Eigene Auffassung: analoge Anwendung des § 327 a AktG – Umwandlung der Option in ein Recht auf Barabfindung	168
1. Planwidrige Regelungslücke	168
a) Systematische Betrachtung – Umkehrschluss zu § 23 UmwG	168
b) Entstehungsgeschichte der Vorschriften über den aktienrechtlichen Squeeze-Out	169
c) Teleologische Betrachtung – Sinn und Zweck des Squeeze-Out	170
2. Vergleichbare Interessenlage	171
a) Vergleichbarkeit der Interessenlage von Minderheitsaktionären und Optionsrechtsinhabern	171
aa) Verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine analoge Anwendung des § 327 a AktG	172
(1) Registersperre durch Feststellungsklage der Optionsrechtsinhaber	173
(2) Anwendbarkeit des Spruchverfahrens auf Optionsrechtsinhaber	174
(3) Zusammenfassung	176
bb) Schuldrechtliche Bedenken gegen eine analoge Anwendung des § 327 a AktG	177
3. Rechtsvergleichende Hinweise	178
4. Übertragbarkeit der 5 %- Schwelle auf den Squeeze-Out von Optionen	178
a) Meinungsstand in Rechtsprechung und Schrifttum	178
b) Stellungnahme	180
5. Inhalt des Anspruchs auf Barabfindung	182
a) Berechnung der Höhe der Barabfindung analog § 327 b AktG	182
b) Sicherung des Anspruches auf Barabfindung durch Bankgarantie (§ 327 b Abs. 3 AktG)	182
c) Besonderheiten bei Wandelschuldverschreibungen – Rechtsfolgen für den Anleihetitel	183
6. Besonderheiten beim übernahmerechtlichen Squeeze-Out	184
a) Erstreckung nur auf stimmberechtigte Aktien	184
b) Kein vorheriges sonstiges Angebot an Optionsrechtsinhaber gemäß §§ 10 ff. WpÜG	184

c) Anwendbarkeit der Vermutungsregel des § 39 a Abs. 3 Satz 3 WpÜG auf Optionsrechtsinhaber	185
7. Besonderheiten beim verschmelzungsrechtlichen Squeeze-Out	186
IV. Zwischenergebnis	188
C. Die Mitarbeiteraktienoption im regulären Delisting	188
I. Voraussetzungen und Wirkungen des regulären Delisting	189
II. Auswirkungen auf ausübungsreife Optionen	190
III. Auswirkungen auf nicht ausübungsreife Optionen	191
IV. Zwischenergebnis	192
D. Die Mitarbeiteraktienoption im Betriebsübergang	192
I. Die Aktienoption als Recht aus dem Arbeitsverhältnis gemäß § 613 a BGB	192
1. Anwendbarkeit des § 613 a BGB nur bei entsprechenden Rahmenbedingungen beim Betriebserwerber	193
2. Anwendbarkeit von Verfallklauseln für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	193
3. Anwendbarkeit von Verfallklauseln für die Beendigung der Unternehmens- oder Konzernzugehörigkeit	194
4. Differenzierung nach der Ausübungsreife der Mitarbeiteraktienoption	195
5. Die Optionsgewährung als vom Arbeitsverhältnis unabhängiger Rechtsakt?	197
a) Vergleich mit Arbeitgeberdarlehen	198
b) Vergleich mit Werkwohnungen	198
c) Vergleich mit Personalrabatten	199
aa) Wirtschaftlicher Wert der Leistung	200
bb) Konkludenter Vorbehalt der Selbstproduktion	200
cc) Konkreter Leistungsanreiz	201
d) Vergleich mit Ansprüchen aus betrieblicher Altersversorgung	202
e) Zusammenfassung	203
II. Übergangsfähigkeit des Anspruchs auf Gewährung von Aktienoptionen	203
1. Anspruch aus einer Betriebsvereinbarung	203
2. Anspruch aus Tarifvertrag	204
a) Grundsatz der Transformation in das Einzelarbeitsverhältnis	204
b) Differenzierte Behandlung in der Umwandlung	204

c) Keine Anwendbarkeit des Günstigkeitsprinzips	205
III. Rechtsfolgen des § 613 a BGB	206
IV. Übergang von Aktienoptionsprogrammen der Konzernobergesellschaft	209
1. Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	209
2. Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf	210
3. Stellungnahme und eigener Lösungsansatz	210
V. Zulässigkeit von ausdrücklich für den Betriebsübergang vereinbarten Verfallklauseln	212
1. Mögliche Differenzierung nach dem Entgeltcharakter der Optionen	212
2. Differenzierung nach Verfallklauseln im Arbeits- bzw. Optionsvertrag sowie nach Ausübungsreife der Option	213
3. Vertragsstrafeähnlicher Charakter	216
4. Unzulässigkeit auch bei vereinbarter Kompensationsleistung	217
VI. Zwischenergebnis	218
§ 5: Gesamtbewertung und Ausblick	220
Literaturverzeichnis	223

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alter Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv civilistischer Praxis
AG	Aktiengesellschaft/Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB-Recht	Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbRB	Der Arbeits-Rechts-Berater
Art.	Artikel
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
BegrRegE.	Begründung des Regierungsentwurfs
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof

Abkürzungsverzeichnis

BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BörsG	Börsengesetz
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
DAV	Deutscher Anwaltsverein
DJT	Deutscher Juristentag
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EBRG	Gesetz über Europäische Betriebsräte
ECFR	European Company and Financial Law
EG	Europäische Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EntgFZG	Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
EStG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EzA	Entscheidungen zum Arbeitsrecht

f./ff.	folgende Seite(n)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FinfraG	Finanzmarktinfrastrukturgesetz
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GesR	Gesellschaftsrecht
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggfs.	gegebenenfalls
GK-AktG	Großkommentar zum Aktiengesetz
GK-BetrVG	Gemeinschaftskommentar Betriebsverfassungsgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
H/S/W/G/N/R/H	Hess/Schlochauer/Worzalla/Glock/Nicolai/Rose/Huke
HWK	Henssler/Willemsen/Kalb
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JZ	Juristenzeitung
Kölner Kommentar-AktG	Kölner Kommentar zum Aktiengesetz
Kölner Kommentar-UmwG	Kölner Kommentar zum Umwandlungsgesetz
Kölner Kommentar-WpHG	Kölner Kommentar zum WpHG
Kölner Kommentar-WpÜG	Kölner Kommentar zum WpÜG
KontraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KSchG	Kündigungsschutzgesetz

Abkürzungsverzeichnis

LAG	Landesarbeitsgericht
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MünchArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
MünchGesR	Münchener Handbuch zum Gesellschaftsrecht
MüKo-AktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo-Bilanzrecht	Münchener Kommentar zum Bilanzrecht
MüKo-GmbHG	Münchener Kommentar zum GmbH-Gesetz
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungsreport
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
ÖAktG	Österreichisches Aktiengesetz
OLG	Oberlandesgericht
RdA	Recht der Arbeit
RegBegr.	Regierungsbegründung
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
S./s.	Seite/siehe
SAR	Stock Appreciation Rights
SoFFin	Finanzmarktstabilisierungsfonds
SpruchG	Spruchverfahrensgesetz
SR	Soziales Recht, Wissenschaftliche Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
TVG	Tarifvertragsgesetz
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u.a.	unter anderem
UmwG	Umwandlungsgesetz
Unterabs.	Unterabsatz

unveröff.	unveröffentlicht
Urt.	Urteil
v.	vom
VermBG	Gesetz zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Vermögensbildungsgesetz)
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkungen
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
Wpg	Die Wirtschaftsprüfung, Zeitschrift
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpÜG	Wertpapierüberlassungsgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfW	Zeitschrift für Wirtschaftspolitik
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht
1. VermBG	Erstes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Erstes Vermögensbildungsgesetz)
2. VermBG	Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Zweites Vermögensbildungsgesetz)
5. VermBG	Fünftes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Fünftes Vermögensbildungsgesetz)

